

Staatsrecht III

Sauer

8. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-82060-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lernbücher Jura
Staatsrecht III
Heiko Sauer


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Staatsrecht III

Auswärtige Gewalt

Bezüge des Grundgesetzes zu Völker- und Europarecht
Offene Verfassungstaatlichkeit

von

Prof. Dr. Heiko Sauer

Inhaber des Lehrstuhls für deutsches und europäisches Verfassungs- und
Verwaltungsrecht an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

8. Auflage 2024

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Sauer StaatsR III §1 Rn. 1

beck-shop.de
beck.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 82060 1

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 82061 8

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck

Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen

für Kati

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 8. Auflage

Für die 6. Auflage hatte ich das Lehrbuch grundlegend überarbeitet und den Versuch unternommen, durch die Einführung von „Vertiefungsabschnitten“ wieder etwas Komplexität zu reduzieren. Diese wenden sich an Studierende, die Veranstaltungen zum Staatsrecht III in den Schwerpunktbereichen belegen oder sich bereits in der Examensvorbereitung befinden, während Studierende, welche die Vorlesung erstmals hören, getrost auf die Erarbeitung der „Vertiefungsabschnitte“ verzichten können. Für die 7. Auflage hatte ich mich neben einer Neufassung des dritten Kapitels und Abrundungen des stets besonders in Bewegung befindlichen 9. Kapitels maßgeblich auf die erneut notwendigen Aktualisierungen beschränkt. Neu hinzugekommen waren allerdings vertiefende Erläuterungen zum Grundrechtsschutz: zur Grundrechtsbindung bei grenzüberschreitenden Sachverhalten (§ 4 Rn. 6a ff.) und zum Verhältnis von deutschen und europäischen Grundrechten im Nachgang zu „Recht auf Vergessen“ (§ 9 Rn. 100a ff.). Für die 8. Auflage habe ich neben weiteren Aktualisierungen wichtige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Europaverfassungsrecht nachgetragen: zum Vorhaben „Next Generation EU“, zum Einheitlichen Patentgericht, zur ESM-Reform und jüngst zur Reform des Direktwahlakts. Nachdem der Konflikt um das PSPP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und damit um die Letztkontrolle der Kompetenzen der Europäischen Union mit der Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland im Dezember 2021 eine weitere Etappe der Befriedung genommen hat, steht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Pandemie-Programm (PEPP) der EZB noch aus, während sich die Rechtsprechung im Bereich des europäischen Grundrechtsschutzes konsolidiert und die jüngsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts merkliche Entspannungssignale aussenden. Dynamik und Spannungsreichtum des Rechtsgebiets zeigen sich in diesen Entwicklungen einmal mehr.

Ich hoffe, trotz der stetig steigenden Komplexität der Fallgestaltungen und vor allem der Verfassungsrechtsprechung mit dem Lehrbuch eine gute Grundlage für den Einstieg in ein enorm spannendes Rechtsgebiet liefern zu können. Für die vielen Zuschriften (bitte per E-Mail an sauer@jura.uni-bonn.de), die mir weiterhin sehr willkommen sind, möchte ich mich herzlich bedanken. Meiner Mitarbeiterin Helena Alcantara danke ich ganz herzlich für die sehr gute Betreuung dieser Neuauflage. Mein wichtigster Gesprächspartner für alle Fragen im Staatsrecht III bleibt Prof.

Dr. Mehrdad Payandeh, LL.M. (Yale), dem ich wieder für viele Gespräche und Ratschläge danken möchte.

Die Streichung der in der 7. Auflage des Lehrbuchs noch verwendeten „Gendersternchen“ sowie die Veränderungen der Zitierweise gehen auf Vorgaben des Verlags zurück.

Bonn, im Juni 2024

Heiko Sauer



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Das Staatsrecht III ist ein spannendes und dynamisches Rechtsgebiet. Mit der Fortentwicklung des Rechts der Europäischen Union und der Zunahme völkerrechtlicher Bindungen, die für innerstaatliche Rechtsbeziehungen relevant sind, haben Fragen nach der Art und Weise des Zusammenwirkens der deutschen Rechtsordnung mit dem Europa- und Völkerrecht an Bedeutung gewonnen. Dieses Zusammenwirken besteht maßgeblich in einer bemerkenswerten, verfassungsrechtlich gewollten Öffnung der deutschen Rechtsordnung für die Einflüsse vor allem des supranationalen Unionsrechts, aber auch des Völkerrechts. Diese Einflüsse führen zu erheblichen Überlagerungen und Umgestaltungen des innerstaatlichen Rechts. Das mag eher theoretisch klingen; aber die Fragen, wie sich europa- und völkerrechtliche Bindungen in der deutschen Rechtsordnung im Einzelnen auswirken und wie ihnen, auch mit Blick auf widerstreitende verfassungsrechtliche Anforderungen, Rechnung getragen werden kann, haben erhebliche praktische Bedeutung. Das hat sich zuletzt etwa hinsichtlich der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Völkerrechtswidrigkeit der deutschen Sicherungsverwahrung oder der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu der Frage gezeigt, ob und wann einem Rechtsakt der Europäischen Union in Deutschland die Gefolgschaft verweigert werden kann. Wenn die unionsrechtliche bzw. die völkerrechtliche Rechtslage festgestellt ist, schließt sich also die letztlich entscheidende Frage an, ob und wie die daraus resultierenden Vorgaben im innerstaatlichen Recht umzusetzen sind. Das ist das übergreifende Thema des Staatsrechts III und damit dieses Buches: Das Staatsrecht III bildet das Scharnier zwischen der deutschen Verfassungsordnung und dem Recht der Europäischen Union sowie dem Völkerrecht – sowohl hinsichtlich des Verständnisses der Zusammenhänge als auch hinsichtlich des Zusammenwirkens der Rechtsordnungen in der Praxis.

Die im Rahmen des Pflichtfachbereichs erforderlichen Grundkenntnisse des Europarechts sowie gegebenenfalls im Schwerpunktbereichsstudium erworbenes Wissen im Völkerrecht können damit in einem Fall mit Bezug zur deutschen Rechtsordnung ohne Grundlagenverständnis im Staatsrecht III nicht umgesetzt werden. Es ist deshalb folgerichtig, dass dieses Rechtsgebiet in allen Bundesländern zum Pflichtstoff im ersten Staatsexamen gehört. Das entspricht auch der erheblichen praktischen Bedeutung des Fachs. Jeder deutsche Rechtsanwender ist heute unabhängig von seinem konkreten Tätigkeitsbereich mit Fragen der Einwirkung des

Unionsrechts und auch des Völkerrechts, insbesondere in Form der auf alle innerstaatlichen Sachverhalte anwendbaren Europäischen Menschenrechtskonvention, befasst. Er muss die einschlägigen Rechtsquellen kennen, sie auslegen und anwenden können, europa- und völkerrechtliche Vorgaben in die deutsche Rechtsordnung einpassen und dabei immer wieder Kollisionen mit deutschen Rechtsvorschriften bewältigen.

Mit Blick auf diese Anforderungen in Studium und späterer Praxis stellt dieses Lehrbuch die Grundlagen des Staatsrechts III dar. Stoffauswahl, Darstellungsweise und Umfang orientieren sich an den Bedürfnissen von Studierenden. Die Zielsetzung des Buches liegt darin, Grundverständnis für die im Einzelnen recht komplexen Zusammenhänge zu schaffen; das ist für die Belange von Studierenden erforderlich, aber auch ausreichend. Wenn zur Veranschaulichung immer wieder einzelne Probleme und aktuelle Fallbeispiele herangezogen werden, steht dabei nicht die Vermittlung von Detailwissen im Vordergrund. Es geht vielmehr um die Darstellung grundlegender Zusammenhänge – und vor allem darum, Problembewusstsein zu schaffen. Auf dieser Grundlage kann für einzelne, durch die Fortentwicklung der Rechtsordnungen und ihres Zusammenwirkens immer wieder neu entstehende Probleme eine vertretbare Lösung entwickelt werden. Der darstellende Teil des Lehrbuchs wird zu diesem Zweck von Fallbeispielen mit Lösungen, von Klausurhinweisen und Wiederholungsfragen sowie von Schaubildern ergänzt, die das Gelernte veranschaulichen und zusammenfassen sollen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Würdigung der im Bereich des Staatsrechts III besonders wichtigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, deren zentrale Passagen auszugsweise wiedergegeben werden.

Das Lehrbuch ist aus Aufzeichnungen und Materialien für meine Vorlesung im Staatsrecht III an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf hervorgegangen; es beruht auf Erkenntnissen, die ich bei der wissenschaftlichen und praktischen Beschäftigung mit einzelnen Fragen dieses Rechtsgebiets in den vergangenen Jahren gewonnen habe. Herrn Professor Dr. Alexander Lorz, LL.M. (Harvard), danke ich herzlich für die Unterstützung des Vorhabens und die gründliche Durchsicht des Manuskripts. Großer Dank gilt auch meinem Kollegen Dr. Mehrdad Payandeh, LL.M. (Yale), der sich die Zeit für die Lektüre des Entwurfs und für viele eingehende Diskussionen genommen hat. Maike Richterich danke ich dafür, dass sie den ersten Entwurf aus studentischer Sicht beurteilt hat. Simon Weise bin ich für die Unterstützung bei der Erstellung der Schaubilder dankbar. Herrn Dr. Johannes Wasmuth vom Verlag C. H. Beck danke ich für seine Bereitschaft zur Umsetzung des Vorhabens und für die angenehme Zusammenarbeit. Über Kritik und Anregungen zur Verbesserung des Lehrbuchs (gern per E-Mail an heiko.sauer@uni-duesseldorf.de) würde ich mich sehr freuen. Am meisten würde ich mich aber freuen, wenn das

Buch meine Begeisterung für das Fach verständlich machen und in dieser Hinsicht vielleicht auch ein wenig ansteckend wirken würde.

Düsseldorf, im Juli 2011

Heiko Sauer


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 8. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Inhaltsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Einführung

§1. Warum und wie Staatsrecht III studieren?	1
--	---

Teil 1. Die Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit

§2. Historischer und theoretischer Abriss: Wandel von Staatlichkeit und Souveränität durch globale Herausforderungen	15
§3. Die rechtlichen Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit	30

Teil 2. Die auswärtige Gewalt unter dem Grundgesetz

§4. Materielle Bindungen und Kompetenzverteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt	47
§5. Auslandseinsätze der Bundeswehr	89

Teil 3. Grundgesetz und Völkerrecht

§6. Wirkungen des Völkerrechts in der deutschen Rechtsordnung	115
§7. Die Europäische Menschenrechtskonvention in der deutschen Rechtsordnung	148

Teil 4. Grundgesetz und Europarecht

§8. Wirkungen des Europarechts in der deutschen Rechtsordnung	179
§9. Verfassungsrechtliche Integrationsschranken und Vorrangbegrenzung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	226

Sachverzeichnis	315
---------------------------	-----

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Inhaltsübersicht	XIII
Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Einführung

§1. Warum und wie Staatsrecht III studieren?	1
I. Staatsrecht III und Grundverständnis im Verfassungs- und Europarecht	1
II. Prüfungs- und Examensrelevanz des Staatsrechts III	3
III. Praxisrelevanz des Staatsrechts III: vier Referenzfälle zum Einstieg	5
1. Fall: Die EMRK und deutsches Recht am Beispiel der Sicherungsverwahrung	5
2. Fall: Völker- und Europarecht und deutsches Recht am Beispiel der Terrorismusbekämpfung	6
3. Fall: Völkerrecht und deutsches Recht am Beispiel des konsularischen Beistands	7
4. Fall: Europarecht und deutsches Recht am Beispiel der Altersdiskriminierung	8
5. Fazit	10
IV. Zum Umgang mit diesem Lehrbuch	11

Teil 1. Die Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit

§2. Historischer und theoretischer Abriss: Wandel von Staatlichkeit und Souveränität durch globale Heraus- forderungen	15
I. Von der Souveränität zur Interdependenz: die Öffnung des Staates nach außen	15
II. Von der Koexistenz zur Kooperation im Völkerrecht	18
III. Von der Wirtschaftsintegration zur politischen Gemeinschaft in Europa	21
IV. Offene Verfassungsstaatlichkeit als Folge	25
V. Theoretische Schwierigkeiten	27
VI. Praktische Herausforderungen	28

§3. Die rechtlichen Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit	30
I. Völkerrechtliche Grundlagen	30
1. Reichweite und Grenzen des staatlichen Herrschaftsbereichs	30
2. Völkerrechtliche Entscheidungsfreiheit bei den innerstaatlichen Wirkungen des Völkerrechts	33
II. Europarechtliche Grundlagen	34
1. Veränderung der Zuständigkeitsordnung	34
2. Vorgaben für die innerstaatlichen Wirkungen des Unionsrechts	34
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen im Überblick	36
1. Verfassungsrechtliche Integrationshebel	36
2. Vorgaben für die Ausübung der auswärtigen Gewalt	40
a) Inhaltliche Vorgaben	41
b) Kompetenzverteilung	42
3. Innerstaatliche Wirkungen des Völker- und Europarechts	42
IV. Deutsches Rechtsanwendungsrecht („Internationales Recht“)	43

Teil 2. Die auswärtige Gewalt unter dem Grundgesetz

§4. Materielle Bindungen und Kompetenzverteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt	47
I. Überblick	47
II. Materielle Bindungen der auswärtigen Gewalt	48
1. Grundlagen	48
2. Grundrechtsbindung in grenzüberschreitenden Sachverhalten	49
3. Verfassungsrechtliche Grenzen der europäischen Integration	52
III. Verbandskompetenzverteilung	57
1. Art. 32 GG und Lindauer Abkommen	57
2. Die Beteiligung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	62
IV. Organkompetenzverteilung	65
1. Befugnisse des Bundespräsidenten	66
2. Kompetenzabgrenzung zwischen Bundesregierung und Bundestag	66
a) Die auswärtige Gewalt als Domäne der Exekutive?	67
b) Die Zustimmung des Bundestages zu völkerrechtlichen Verträgen: Art. 59 Abs. 2 GG	69

c)	Die Integrationsverantwortung des Bundestages in Angelegenheiten der EU	72
aa)	Reichweite des Gesetzesvorbehalts in Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG	72
bb)	Mitwirkung des Bundestages in Angelegen- heiten der EU: Art. 23 Abs. 2 und 3 GG und EUZBBG	74
cc)	Zustimmungsvorbehalte nach dem IntVG und „Integrationsverantwortung“	76
3.	Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts	78
4.	Vertiefungsabschnitt: Organkompetenzverteilung bei rechtserheblichen Maßnahmen im Rahmen völker- rechtlicher Verträge	82
a)	Beteiligung des Bundestages an der Fortentwick- lung zustimmungsbedürftiger Verträge: Vertrags- änderungen ohne Änderungsverträge	82
b)	Kündigung zustimmungsbedürftiger Verträge	85
c)	Erklärung von Vorbehalten zu zustimmungsbe- dürftigen Verträgen	86
§ 5.	Auslandseinsätze der Bundeswehr	89
I.	Die völkerrechtlichen Grundlagen des Einsatzes militärischer Gewalt	90
II.	Verfassungsrechtliche Grundlagen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr	92
1.	Einsatzermächtigungen	92
2.	Kompetenzfragen: Parlamentsvorbehalt und Rückholrecht	98
3.	Vertiefungsabschnitt: Befugnisse im Auslandseinsatz und verfassungsrechtliche Grenzen	102
III.	Auslandseinsätze vor dem Bundesverfassungsgericht	110
1.	Kompetenzfragen	110
2.	Materiell-rechtliche Fragen im Organstreit?	111

Teil 3. Grundgesetz und Völkerrecht

§ 6.	Wirkungen des Völkerrechts in der deutschen Rechts- ordnung	115
I.	Rechtsquellen des Völkerrechts	115
II.	Die Übernahme völkerrechtlicher Verpflichtungen in das innerstaatliche Recht	117
1.	Grundlagen des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und staatlichem Recht	118

a)	Monismus und Dualismus	118
b)	Transformation, Vollzug und Rechtsanwendungsbefehl	119
2.	Völkerrechtliche Verträge im deutschen Recht	121
a)	Innerstaatliche Geltung und Rang von Völkervertragsrecht	121
b)	Unmittelbare Anwendbarkeit und Einklagbarkeit	123
3.	Völkergewohnheitsrecht im deutschen Recht	127
a)	Innerstaatliche Geltung und Rang	127
b)	Unmittelbare Anwendbarkeit und Einklagbarkeit	128
III.	Die deutsche Einbindung in internationale Organisationen	131
1.	Integrationsnormen: Art. 24 Abs. 1 und 2, Art. 59 Abs. 2 GG	132
2.	Die Integrationsfolgen	132
a)	Sekundäres Völkerrecht im deutschen Recht	132
b)	Die Entscheidungen internationaler Gerichte im deutschen Recht	138
IV.	Die Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes als Kollisionsvermeidungsprinzip	141
1.	Grundlagen	141
2.	Vertiefungsabschnitt	144
a)	Das Problem des Treaty Override	144
b)	Übersteigerungen der Völkerrechtsfreundlichkeit am Beispiel der Pirateriebekämpfung	146
§ 7.	Die Europäische Menschenrechtskonvention in der deutschen Rechtsordnung	148
I.	Die Menschenrechtskonvention als Konstitutionalisierungsprozess	149
II.	Der Inhalt der Konvention im Überblick	150
1.	Konventionsgarantien	150
2.	Rechtsschutzsystem	151
III.	Völkerrechtliche Wirkungen der Urteile des EGMR	153
1.	Die Umsetzungspflicht aus Art. 46 Abs. 1 EMRK	153
2.	Völkerrechtliche Wirkungen von Verletzungsurteilen in Parallelfällen	156
3.	Vertiefungsabschnitt: Umsetzungspflicht und Rechtskraftdurchbrechung	157
IV.	Wirkungen der EMRK sowie der Urteile des EGMR im deutschen Recht	161
1.	Geltung, Rang, unmittelbare Anwendbarkeit und Einklagbarkeit der EMRK	162

2. Die Aufwertung der EMRK durch die Verfassungsrechtsprechung	163
a) Die Konvention zwischen Gesetzes- und Verfassungsrang	163
b) Probleme der verfassungsrechtlichen Berücksichtigungspflicht zu Gunsten der EMRK	166
c) Vertiefungsabschnitt: Kollisionsprobleme in mehrpoligen Grundrechtsverhältnissen und Grenzen der Berücksichtigungspflicht	168
3. Fazit	173

Teil 4. Grundgesetz und Europarecht

§8. Wirkungen des Europarechts in der deutschen Rechtsordnung	179
I. Rechtsquellen des Europarechts	180
1. Primärrecht: EUV, AEUV und allgemeine Rechtsgrundsätze	180
2. Sekundärrecht	181
a) Die Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten	181
b) Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse	182
II. Wirkungen des Europarechts im innerstaatlichen Recht	185
1. Primärrecht: EUV und AEUV im deutschen Recht	185
a) Unmittelbare Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit	185
b) Einklagbarkeit	186
2. Sekundärrecht	187
a) Supranationales Sekundärrecht: Verordnungen und individualgerichtete Beschlüsse im deutschen Recht	187
b) Nicht-supranationales Sekundärrecht: Richtlinien und nicht-individualgerichtete Beschlüsse im deutschen Recht	188
c) Die Direktwirkung von Richtlinien	188
III. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	193
1. Grundlagen	193
2. Vorrang als Kollisionsnorm	196
3. Verfahrensrechtliche Dimension des Vorrangs	197
4. Vorrang und Konformauslegung	198
IV. Unionsrechtliche Vollzugsvorgaben	201
1. Grundlagen	202
2. Das Diskriminierungsverbot	202

3. Das Effektivitätsgebot	202
a) Die Durchsetzung von Unionsrecht und das subjektive Recht	203
b) Die Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen	205
c) Die Aufhebung bestandskräftiger unionsrechtswidriger Verwaltungsakte	209
d) Modifikationen beim vorläufigen Verwaltungsschutz	211
4. Staatshaftung für Verletzungen des Unionsrechts	214
V. Der europäische Rechtsprechungsverbund: Verschränkungen zwischen den Gerichtsbarkeiten in Europa und arbeitsteiliger Individualrechtsschutz	217
1. Das Vorabentscheidungsverfahren	217
2. Der Rechtsschutz Einzelner vor dem EuGH durch die Individualnichtigkeitsklage	219
3. Vertiefungsabschnitt: die verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Sanktionierung unterbliebener Vorlagen	221
§ 9. Verfassungsrechtliche Integrationsschranken und Vorrangbegrenzung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	226
I. Unterschiedliche Prämissen von Gerichtshof und Bundesverfassungsgericht zum Wesen der Unionsrechtsordnung	227
II. Die verfassungsrechtlichen Integrationsschranken in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	230
1. Integrationsschranken für die deutsche Beteiligung an der Änderung des Primärrechts	231
a) Demokratieanforderungen an die Europäische Union	231
b) Rückwirkungen des Integrationsprozesses auf die innerstaatliche Demokratie: Kompetenzerhaltungsgebot und Entstaatlichungsverbot („materielle Übertragungskontrolle“)	235
c) Formelle Übertragungskontrolle: Übertragung von Hoheitsrechten unter Verletzung der formellen Anforderungen	239
2. Integrationsschranken für die innerstaatliche Anwendung von Sekundärrecht	240
a) Überlegungen zur Aussagekraft von Art. 23 Abs. 1 S. 3 und Art. 79 Abs. 3 GG für das Handeln der Unionsorgane	240

b)	Rechtsprechungslinien des Bundesverfassungsgerichts zu den Integrationsschranken für die innerstaatliche Anwendung von Sekundärrecht der EU . . .	242
aa)	Bündelung der Integrationsschranken für die innerstaatliche Anwendung von Sekundärrecht im Konzept der deutschen Verfassungsidentität	242
bb)	Deutsche Verfassungsidentität und Grundrechtskontrolle von Unionsrecht	244
cc)	Deutsche Verfassungsidentität und Kompetenzkontrolle von Unionsrecht	250
dd)	Deutsche Verfassungsidentität und Kontrolle von Unionsrecht anhand sonstiger Staatsstrukturprinzipien	266
ee)	Versuch einer Synthese	267
c)	Integrationsschranken und ausnahmsweise zustimmungsbedürftige Unionsrechtsakte	268
d)	Vertiefungsabschnitt: Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Wahrung der Haushaltsautonomie des Bundestages bei der Stabilisierung des Euro und darüber hinaus	275
aa)	Tatsächlicher Hintergrund und getroffene Maßnahmen	275
bb)	Unionsrechtliche Probleme der Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro	278
cc)	Verfassungsrechtliche Probleme der Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro	280
III.	Verfassungsprozessrechtliche Folgen der Karlsruher Rechtsprechung	285
1.	Mögliche Prüfungsgegenstände im Europaverfassungsrecht	285
a)	Primärrecht: Kontrolle des Zustimmungsgesetzes zu Vertragsänderungen	286
b)	Sekundärrecht: von der Kontrolle von Unionsrechtsakten zur Kontrolle von Durchführungsrechtsakten	286
c)	Entscheidungsverhalten der deutschen Vertreterinnen und Vertreter im Rat	289
2.	Der Prüfungsmaßstab des Bundesverfassungsgerichts im Europaverfassungsrecht	290
a)	Deutsche Verfassungsidentität als Prüfungsmaßstab .	290
b)	Lockerung der Verfassungsbindung auch bei unionsrechtlich determinierten Durchführungsrechtsakten	290

c)	Unionsverfassungsrechtliche Kompetenzordnung als Prüfungsmaßstab bei der ultra vires-Kontrolle . . .	294
d)	Vertiefungsabschnitt: Grundrechtsprüfung des Bundesverfassungsgerichts zwischen Grundgesetz und Grundrechtecharta	295
3.	Anwendungsbereiche und Problemstellungen der verschiedenen Verfahrensarten	301
a)	Normenkontrollen	301
b)	Organstreitverfahren	302
c)	Verfassungsbeschwerden wegen der Verletzung des „Grundrechts auf Demokratie“	303
aa)	Das Fehlen eines klassischen Grundrechtsein- griffs als Ausgangsbefund	303
bb)	Ursprung der materiellen Aufladung von Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG: die kompetenzbezoge- ne Entleerungsrüge und ihre Spielarten	304
cc)	Fortsetzung der materiellen Aufladung von Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG: die legitimationsbezo- gene Verdrängungsrüge und ihre Spielarten . . .	305
dd)	Formelle Übertragungskontrolle	307
ee)	Identitätskontrolle jenseits des Demokratie- prinzips und Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG	307
ff)	Kritik am „Grundrecht auf Demokratie“	308
gg)	Zusammenfassung und Hinweise zum Prü- fungsaufbau	309
	Sachverzeichnis	315